

## **Niederschrift**

über die 22. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften**

am Mittwoch, dem **14.04.2010**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 vom 11.03.2010**
4. **4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt der Gemeinde Sande  
Vorlage: 070/2010**
5. **4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Standgeldern auf dem Krammarkt ("Sander Markt") in Sande  
Vorlage: 071/2010**
6. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande  
Vorlage: 073/2010**
7. **Gewährung von Zuschüssen an Dritte  
Vorlage: 072/2010**
8. **Entgelte für die Dorfgemeinschaftshäuser bzw. Einrichtungen des Rathauses  
Vorlage: 069/2010**
9. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Erich Janßen als Ausschussvorsitzender  
Ratsfrau Christel Bohlen  
Ratsherr Dieter Günther  
Ratsherr Holger Mehrle bis 17.45 Uhr  
Ratsherr Andreas Schindler

Vertreter/in

Ratsfrau Renate Herde Vertretung für Herrn Ratsherr Olaf Lies (MdL)

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann  
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke  
Verwaltungsfachangestellte Regina als Schriftführerin  
Weger

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Janssen, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 vom 11.03.2010**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 070/2010**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt gemäß der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der derzeit gültigen Fassung die vorliegende 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt in der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

5. **4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Standgeldern auf dem Krammarkt ("Sander Markt") in Sande**  
**Vorlage: 071/2010**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt gemäß der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der derzeit gültigen Fassung die vorliegende 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Standgeldern auf dem Krammarkt („Sander Markt“) in Sande.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

6. **Änderung der Hundesteuersatzung der Gemeinde Sande**  
**Vorlage: 073/2010**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt die mit Schreiben vom 06.04.2010 vorgelegte 8. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung vom 26.09.1974

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

7. **Gewährung von Zusschüssen an Dritte**  
**Vorlage: 072/2010**

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass es sich bei dieser Vorlage um einen Diskussionsvorschlag handelt.

Mit einer zehnpromzentigen Kürzung der Zuschüsse (s. Anlage) könnte man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein Zeichen setzen. Zwar wäre die Einsparung bei den genannten Vorschlägen insgesamt nicht sehr groß, es wäre allerdings ein großer Kreis betroffen.

Es wurde angemerkt, dass von dem Verein Lebensweisen aus Schortens auch eine Person aus Sande betreut wird.

Im Anschluss an die Diskussion wurde darüber abgestimmt, dass dieses Thema in den Fraktionen beraten wird.

Das Ausschussmitglied der Gruppe FDP, Bündnis 90/Die Grünen merkte an, dass die Gruppe dem Sparvorschlag ohne weitere Fraktionsberatungen gefolgt wäre.

#### **Fraktionsberatung:**

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

### **8. Entgelte für die Dorfgemeinschaftshäuser bzw. Einrichtungen des Rathauses Vorlage: 069/2010**

Anhand der Tischvorlage (s. Anlage) wurde von der Verwaltung die Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser dargelegt.

Eine Kostenermittlung der Verwaltung hat ergeben, dass die Einnahmen weit unter den Betriebskosten liegen. Es ist jedoch zu befürchten, dass bei einer Erhöhung der Entgelte die Nutzungen noch weiter zurückgehen würden.

Ein Ausschussmitglied sprach sich dafür aus, dass die Vereinsnutzung weiterhin ohne Erhebung von Entgelten erfolgen sollte.

Verschiedene Ausschussmitglieder waren der Meinung, dass die Dorfgemeinschaftshäuser seinerzeit für die Bürger gebaut wurden und man die Nutzung der Räumlichkeiten im Rathaus kostenfrei belassen sollte, da es im Ort Sande keine andere Möglichkeiten für kleinere Gruppen gäbe.

Von einem Ausschussmitglied wurde angeregt, Vereine aus Sande und von auswärts unterschiedlich zu behandeln. Weiterhin sah das Ausschussmitglied Bedenken darin, von Selbsthilfegruppen Entgelte für die Nutzung zu erheben.

Es wurde darüber diskutiert, ob man bei Vereinsfeiern mit öffentlichem Charakter Nutzungsentgelte erheben sollte. Ansonsten nutzen die Vereine auch die Vereinsheime.

Das Ausschussmitglied der CDU-Fraktion betonte, dass unbedingt über eine Erhebung von Entgelten bei der Nutzung der Räumlichkeiten im

Rathaus nachgedacht werden sollte.

Das Thema soll in den Fraktionen beraten werden.

## **9. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Friesland vor Kurzem die Jahresrechnung 2009 geprüft hat. Größere Beanstandungen hat es dabei nicht gegeben.

Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass bei der Jahreshauptversammlung des FC Rot-Weiss Sande berichtet wurde, dass manche Mitglieder nicht in der Lage seien, ihre Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Es ergab sich die Frage, inwiefern eine Hilfe für sozialschwache Mitglieder möglich ist

Man war sich einig darüber, dass zum Beispiel Kinder nicht ausgegrenzt werden sollten. Entsprechende Regelungen zu den Beitragszahlungen sollten allerdings von den Vereinen selber kommen, da diese eine Sozialverantwortung für ihre Mitglieder tragen.

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin